

PROGRAMM DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

(Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS,
29. bis 31. Januar 1993)

Die Partei des Demokratischen Sozialismus gibt sich dieses Programm in einer Zeit, die durch geschichtlich beispiellose Umbrüche in den globalen Entwicklungsbedingungen, eine Existenzkrise der gesamten Menschheit und das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Osteuropa gekennzeichnet ist. Der wirtschaftliche und soziale Niedergang, die massenhafte politische Ausgrenzung in Ostdeutschland, Demokratie-, Sozial- und Rechtsabbau, großmachtpolitische, nationalistische und rechtsextremistische Tendenzen in ganz Deutschland nehmen bedrohliches Ausmaß an.

Viele Fragen nach der eigenen Geschichte sind noch nicht beantwortet, viele Fragen nach der Zukunft nicht beantwortbar. Wir sind Mitglieder einer Partei, die aus unterschiedlichen Traditionen hervorging. Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR, als wir aus der SED heraus dazu beitrugen wollten, die Gesellschaft in der DDR umfassend zu reformieren. Je näher der Anschluß der DDR an die alte Bundesrepublik Deutschland rückte, um so notwendiger wurde eine organisierte Zusammenarbeit von Sozialistinnen und Sozialisten aus Ost- und Westdeutschland. Deshalb entschieden wir uns, als Partei in ganz Deutschland zu wirken. Uns verbindet der entschlossene Kampf gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Zerstörung der menschlichen Würde.

Uns eint das Streben nach einer Welt des Friedens, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. Gemeinsam sind wir der Ansicht, daß der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur, den militaristischen Charakter der internationalen Beziehungen, die Krise der globalen Ökosphäre und das unbeschreibliche Elend vor allem auf der südlichen Hemisphäre. Wir sind uns daher einig, daß die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß. Die Menschheit muß bei Strafe ihres Untergangs in historisch kurzer Zeit einen Ausweg aus ihrer bisherigen zerstörerischen Entwicklungslogik finden. Auf die humanistischen und demokratischen Traditionen der sozialistischen Idee und die Erneuerung sozialistischer Politik darf bei der Suche nach einer menschlichen Lebensperspektive nicht verzichtet werden. Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstellung der sozialistischen

Herausgeber:

Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, 1998

Herstellung:

BärenDruck GmbH

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Idee unsere geistige und politische Tradition. Gleichzeitig widersetzen wir uns der erinnerungslosen und resignativen Kapitulation vor den selbsternannten Siegern der Geschichte.

1. Die gegenwärtige Welt

Am Ende unseres Jahrhunderts bestimmen die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse der Welt. Der mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Versuch, die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, ist in Europa gescheitert.

Die Volksbewegungen in den osteuropäischen Ländern führten am Ende der 80'er Jahre zum Zusammenbruch der erstarrten politischen Herrschaftssysteme und setzten für kurze Zeit wesentliche Demokratisierungen des gesellschaftlichen Lebens in Gang. Heute zeigt sich: Die herrschende kapitalistische Produktionsweise und die dominierenden politischen Systeme verhinderten, daß die demokratischen und sozialistischen Ideale dieser Bewegungen verwirklicht werden konnten.

Mit dem Ende des „sozialistischen Weltsystems“ ist keineswegs weltpolitische Stabilität entstanden. Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Afrika, Asien und Lateinamerika verschärfen sich alte und entstehen neue Krisenherde. Auch in Europa spitzen sich soziale und ethnische Probleme zu. Kriegerische Konflikte dauern an. Die führenden kapitalistischen Staaten streben eine Weltordnung an, die ihre Vorherrschaft politisch und militärisch ausbaut. Eine neue, sozial gerechte und ökologisch verantwortbare Weltwirtschaftsordnung ist nicht in Sicht. Das internationale Finanzkapital hat seine Eigenständigkeit und Stärke weiter ausgebaut. Die transnationalen Konzerne werden immer mächtiger. Ein weltweit geführter Hochtechnologie-Wettbewerb zwischen den kapitalistischen Machtzentren verschlingt wesentliche Entwicklungspotenzen der gegenwärtigen Welt und wirkt global zerstörerisch. Die übergroße Mehrheit der Menschen bleibt von den Entscheidungen ausgeschlossen, die von Wenigen in den kapitalistischen Metropolen ohne Rücksicht auf die globale soziale, ökologische und politische Entwicklung getroffen werden. Die Dominanz des Profitprinzips, die soziale Ungerechtigkeit, die Einschränkung von Menschenrechten und Lebenschancen sowie die Ausgrenzung von Betroffenen aus der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse stehen einer Lösung der Menschheitsprobleme entgegen.

Die globalen Probleme

Die zentralen, miteinander verbundenen Probleme unserer Zeit sind die fremdbestimmte, deformierte und zunehmend in Katastrophen führende Entwicklung in

vielen Ländern des Südens und des Ostens, die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen sowie die nach wie vor betriebene Hochrüstung und die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Die ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen der Mehrheit der Weltbevölkerung im ausgeplünderten Süden sind weitgehend zerstört. Unterentwicklung, Verelendung, Massensterben durch Hungersnöte und Seuchen, ökologische Zusammenbrüche und Kriege erzeugen die Gefahr unbeherrschbarer Katastrophen. In den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten wurden die sozialen Konflikte jahrzehntelang zwar gedämpft, zugleich haben sie sich jedoch im Weltmaßstab verschärft und existentielles Ausmaß angenommen. Das gesellschaftliche Modell der kapitalistischen Metropolen kann keine Orientierung für die Lösung der Probleme des Südens und des Ostens sein.

Die ökologische Krise spitzt sich in raschem Tempo zur weltweiten Überlebensfrage zu. Sie entspringt dem immer expansiveren Austausch zwischen Mensch und Natur, dem ausbeuterischen Charakter des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells und der Zerstörung traditioneller Lebensformen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern. In den nächsten Jahrzehnten drohen regionale und globale Zusammenbrüche der Ökosysteme. Deshalb muß alles getan werden, damit die Zeit zum radikalen Umbau der Produktions- und Lebensweise nicht unwiederbringlich verlorengeht.

Hochrüstung und Kriegsgefahr bleiben eine globale Bedrohung. Die von den kapitalistischen Großmächten dominierte „neue Weltordnung“, der Kampf der Machtzentren USA, Japan und Westeuropa um Einflußsphären, die damit verbundene Hochtechnologierüstung und die Aufstellung von Eingreiftruppen spitzen die Gefahr von Kriegen dramatisch zu. Die Militärausgaben werden nicht spürbar gesenkt. Sie verschlingen nach wie vor dringend gebrauchte Ressourcen. Radikale Abrüstungsschritte, die Ächtung des Rüstungsexports und die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen sind unabdingbar geblieben, wenn verheerende Kriege verhindert werden sollen.

Die Hauptursachen für die globalen Probleme sind die kapitalistische Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie die Herrschaft des Patriarchats. Die bürokratisierte Konkurrenz- und Konsumgesellschaft ist das übergreifende soziale Problem unseres Erdballs. Die von dort ausgehende Unterordnung des menschlichen Lebens unter die Zwänge des Weltmarkts sowie hemmungslose Natur- und Ressourcenvergeudung stellen die Existenz der menschlichen Zivilisation in Frage. Diese Gesellschaftsstruktur demokratisch zu überwinden, dabei ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen - das ist die wichtigste Herausforderung der Gegenwart.

Die kapitalistischen Metropolen

In früher ungekannter Dynamik entwickeln sich die produktiven Kräfte und das gesellschaftliche Leben in den kapitalistischen Metropolen. Diese vom Kapital beherrschte Dynamik hat einen letztlich zerstörerisch wirkenden „Fortschritt“ hervorgerufen. Ein die Natur vernichtendes Wachstum, patriarchale Strukturen, die Zwänge des Arbeitsmarktes, soziale Ausgrenzung, bürokratische Unterordnung, vermarktete und manipulierende Massenmedien stehen der Selbstbestimmung, der Individualitätseinfaltung der Menschen und einer solidarischen Gemeinschaftlichkeit entgegen. Massenarbeitslosigkeit, Frauenunterdrückung, Kinder- und Jugendfeindlichkeit, Verfall der allgemeinen und politischen Kultur sowie Demokratieabbau gehören zum Alltag. Antisemitismus kommt wieder auf, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus verbreiten sich und werden geschürt. Die heutigen Gesellschaften sind nach wie vor uneingeschränkt männerdominiert.

Für Rechtsstaatlichkeit und sozialstaatliche Regulierung, pluralistische Demokratie und Gewaltenteilung, Öffentlichkeit und elementare Menschenrechtsgarantien sowie Naturerhaltung haben sich die Arbeiterbewegung, liberale, grüne und andere Bewegungen eingesetzt. Das in diesem Kampf Errungene ist durch neokonservative und rechtsextremistische Angriffe bedroht. Es muß verteidigt und erweitert werden.

Ein neu entstandener Produktivkrafttyp (flexible Automatisierung, Gruppenarbeit) löst zunehmend die Fließbandfertigung ab. Er bietet neue Möglichkeiten, die Arbeitsprozesse mitzugestalten sowie Ressourcen einzusparen. Gewerkschaftlicher Kampf ist erforderlich, damit diese neuen Möglichkeiten den Beschäftigten, ihrer Persönlichkeitenentfaltung und nicht ausschließlich der maximalen Kapitalverwertung dienen. Es gilt, wirksam in die Auseinandersetzung um die Entwicklung und den Gebrauch von Wissenschaft und Technik einzugreifen, damit mehr und nicht weniger menschliche Emanzipation erreicht wird.

Auch die Sozialstruktur der Gesellschaft hat sich stark verändert. Die Erwerbsarbeit erfaßt nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche und differenziert sich weiter. Widerspruchsvolle Individualisierungsprozesse prägen die Lebensverhältnisse. Es gibt vielfältige Motive für die Menschen, sich für gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren. Den von Kapitalverwertung und bürokratischer Verwaltung Privilegierten stehen Lohn- und Gehaltsabhängige in ihrer vielfältigen Differenziertheit sowie eine zunehmende Zahl sozial Ausgegrenzter gegenüber. Die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft sich wieder.

Die Bundesrepublik Deutschland

Der Anschluß der DDR an die BRD hat den Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschland nicht aufgehoben. Durch die Politik der Herrschenden wurden weite

Regionen in den ostdeutschen Bundesländern deindustrialisiert, die Landwirtschaft wurde zum großen Teil zerstört. Soziale und menschliche Verarmung haben erschreckende Ausmaße angenommen. Wissenschaftliches, wirtschaftliches und kulturelles Potential der DDR wurde „abgewickelt“. Diskriminierende Fragebögen sollen würdige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verdrängen. Gerichtsverfahren an Stelle von Geschichtsdiskussion sind die gewollte Praxis. Durch die Politik der etablierten Parteien werden die ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte zu Menschen mit eingeschränkten Grundrechten.

Die Entwicklung der Bundesrepublik ist durch vermehrt aufbrechende soziale Konflikte und Verteilungskämpfe gekennzeichnet. Diese ergeben sich nicht nur aus der Art und Weise des Anschlusses der DDR, sondern sind in erster Linie im Charakter der kapitalistischen Gesellschaft selbst begründet. Die unsoziale Durchsetzung des neuen Produktivkrafttyps führt zu umfangreicher Arbeitsplatzvernichtung. Die besondere Krise in Ostdeutschland verschärft sich dadurch und dient den Herrschenden als Hebel, Demokratie und sozialstaatliche Regelungen in ganz Deutschland abzubauen. Das politische System ist offenbar immer weniger in der Lage, die Probleme human und sozial gerecht zu lösen. Purer Machterhalt und kurzfristige Sonderinteressen bestimmen die Politik der etablierten Parteien.

Massenhafte Deklassierung, Verunsicherung, Resignation, Entsolidarisierung und Zukunftsangst bereiten rechtsextremen und rassistischen Stimmungen und Organisationen den Boden. Statt die Ursachen für diese Erscheinungen zu beseitigen, befördert ein großer Teil der politisch Herrschenden rassistische Vorurteile und nationalistische Überheblichkeit. Die politische Achse hat sich nach rechts verschoben. Es soll alles über Bord, was einer Rolle Deutschlands als Vormacht in Europa und als Weltmacht entgegensteht: das Verbot, deutsche Truppen außerhalb des NATO-Gebietes einzusetzen, das Asylrecht, die Tarifautonomie, demokratische politische Kultur. Die PDS wird gegen diese Entwicklungen Widerstand leisten und für Alternativen streiten.

2. Das Scheitern des sozialistischen Versuchs

Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidarisches und

friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Es gab jedoch auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen.

Der Sozialismusversuch in der DDR hat die Lebensgeschichte der Menschen im Osten Deutschlands entscheidend geprägt. Zu ihren Erfahrungen zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, bedeutende Elemente sozialer Gerechtigkeit, insbesondere ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur, neue Rechte für Frauen und Jugendliche. Die DDR war ein Staat, der konsequent mit dem deutschen Großmachtchauvinismus gebrochen hatte. Jedoch war auch die DDR-Gesellschaft nicht in der Lage, einen wirksamen Beitrag zum Ausbruch aus der bedrohlichen globalen Entwicklungslogik zu leisten. Und es ist deutlich geworden, daß ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht die Selbstbefreiung des Menschen gewährleistet, früher oder später scheitern muß.

Der Weg im Osten wie im Westen war zunächst vom Willen und Einfluß der jeweiligen Siegermacht und vom Kalten Krieg bestimmt. Ostdeutschland entwickelte sich unter anhaltend ungünstigen äußeren Wirtschaftsbedingungen, litt unter dem Aderlaß der Zahlung von 96 Prozent der Reparationen für ganz Deutschland und der Spaltung des gesamtdeutschen Wirtschaftssystems. Die Embargopolitik der westlichen Länder und dadurch begünstigte Autarkiebestrebungen schlossen die DDR weitgehend von der internationalen Arbeitsteilung außerhalb des RGW aus. Auch innerhalb des RGW wurde keine effektive Arbeitsteilung verwirklicht. Die DDR war einer Bedrohungs- und Konfrontationspolitik ausgesetzt. Die Beteiligung an dem von den kapitalistischen Ländern ausgehenden Wettrüsten verzehrte einen beträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftskraft und beschleunigte den Niedergang.

Das Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR ist ursächlich mit dem Scheitern des Modells der Sowjetunion verbunden. Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Sie hat den Zusammenbruch des Kolonialsystems befördert und dazu beigetragen, soziale und politische Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Zentren durchzusetzen. Wesentlichen Anteil hatte die UdSSR an der Niederschlagung des deutschen Faschismus. Von Anfang an wurde der Versuch, eine sozialistische Ordnung zu schaffen, aber dadurch beeinträchtigt, daß er am Rande und außerhalb der entwickelteren kapitalistischen Industrieländer erfolgte, in einem sozialökonomisch, politisch und kulturell zurückgebliebenen Land, ständig bedroht von einer kapitalistischen Umwelt. Bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus.

Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sein Zusammenbruch war eine notwendige Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften. Alle Versuche zur Erneuerung und Rettung des Sozialismus wurden letztlich blockiert. Es gelang nicht, die erforderliche ökonomische Effektivität zu erreichen und sie mit wirtschaftlicher und politischer Demokratie sowie konsequenter ökologischer Orientierung zu verbinden. Die verabsolutierte Entgegensetzung von Plan und Markt führte zum Fehlen von Selbstregulierungsmechanismen in der Wirtschaft und zur Totalplanung. Bürokratische Verstaatlichung beherrschte das gesellschaftliche Leben. Trotz einiger bedeutender Schritte zur Gleichberechtigung und ökonomischen Unabhängigkeit der Frau wurde auch das Patriarchat nicht ernsthaft erschüttert. Die traditionelle Gewaltenteilung wurde abgelehnt, der Sinn demokratischer Wahlsysteme mißachtet; Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte wurden deklariert, aber zu selten realisiert. Es kam zu einer falschen, in großem Maße von Mißtrauen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes erfüllten Sicherheitspolitik. Hinzu traten Bevormundung der Rechtsprechung, Verletzungen der Freiheit von Wissenschaft und Kultur, Mediengängelei. Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätserfaltung und im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen.

Immer deutlicher wurde: Eine demokratische sozialistische Gesellschaft, nicht bestimmt vom Profitprinzip, kann nur auf den gemeinsamen Anstrengungen unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte basieren, oder sie muß untergehen. Sie braucht die Austragung der realen Widersprüche, Kompromiß und Konsens, Toleranz und demokratische Offenheit in einem pluralistischen Prozeß politischer Willensbildung. Wir brauchen neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus.

Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes von Frauen, Männern und Jugendlichen hinaus. Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.

3. Sozialistische Erneuerung

Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel - eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. **Sozialismus ist für uns eine Bewegung** gegen die Ausbeutung des Menschen durch

den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. **Sozialismus ist für uns ein Wertesystem**, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.

Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens. Notwendig sind die radikale Ökologisierung der Gesellschaft und ein neuer Typ des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Eine solche alternative Produktions- und Lebensweise bedarf einer von Entfremdung befreiten Arbeitswelt und eines Alltags, der nicht durch Konsum als Selbstzweck, sondern durch Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, nicht durch private Nischen in einer Massengesellschaft, sondern durch Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt wird.

Es muß darum gehen, die von Profit und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist. Reale Vergesellschaftung setzt demokratische Entscheidungsprozesse auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene voraus. Strategische Entscheidungen über die Richtungen, Normen und Einschränkungen der sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen bewußter und demokratischer Planung sowie der Mitbestimmung der Produzentinnen und Produzenten, der Kommunen und der gesellschaftlichen Bewegungen.

Bei allen Meinungsunterschieden gehen wir gemeinsam davon aus, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß. Eine Vielfalt der Eigentumsformen - private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche - ist in den Dienst der Bedürfnisse der Menschen und der Erhaltung ihrer natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu stellen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.

Die konkreten Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinandersetzungen sein, die bereits heute geführt werden.

4. Alternative Entwicklungswege

Wir wollen im Widerstand gegen sozialen und politischen Rückschritt das Bestehende verändern und zugleich Wege in eine von Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung befreite Weltgesellschaft finden. Alle diese Wege verlangen eigene Handlungsprogramme, die wir zusammen mit anderen verwirklichen wollen.

4.1 Die Gesellschaft demokratisieren

Das grundlegende Ziel unserer Gesellschaftspolitik ist ebenso einfach wie radikal: Wir kämpfen für die freie Entfaltung jedes einzelnen Menschen, die bestmögliche Entwicklung seiner persönlichen Fähigkeiten, für die Verwirklichung von Chancengleichheit für alle und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Demokratisierung muß alle politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Entscheidungen der Gesellschaft durchdringen.

Wir wollen

- die bevormundende Bürokratie des Staates zurückdrängen
- die Beseitigung aller Sperrklauseln;
- direkte Bürgerbeteiligung, Selbstverwaltung und öffentliche Kontrolle;
- Wirtschaft und Arbeitsleben demokratisieren;
- mehr gesetzlich abgesicherte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Gewerkschaften, Kommunalvertretungen, Bürgerinitiativen, Frauen- und Behindertenbewegungen, Umweltschutz- und andere demokratische Verbände;
- Gegenöffentlichkeiten stärken, die Medien demokratisieren und die Beteiligung der gesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften an der öffentlichen Meinungsbildung;
- die Manipulation der Menschen durch Meinungsproduzenten, Warenwerbung und Unterhaltungsindustrie zurückdrängen;
- die Auflösung aller Geheimdienste;
- die Sicherung und bewußte Wahrnehmung des durch die Verfassung garantierten Widerstandsrechts.

Wir wehren uns gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes, wollen seine demokratischen Prinzipien verwirklichen helfen und die Staatsziele und Grundrechte ausweiten um

- die Pflicht zu Abrüstung, Friedenssicherung und internationaler Hilfe;
- die Pflicht zur Erhaltung der natürlichen Umwelt;
- die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland;

- das Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und soziale Grundsicherung;
- die Gleichstellung von Frau und Mann, die Pflicht zur Frauenförderung, das Recht der Frauen auf gleiche Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten, auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und auf selbstbestimmte Schwangerschaft;
- die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen und ihre Förderung;
- die Bürgerrechte einschließlich des Wahlrechts für in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer;
- die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität zu beenden und Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz lesbischer Frauen und schwuler Männer und ihrer Lebensformen in der Gesellschaft zu schaffen;
- das Recht jedes Menschen auf selbstbestimmte Sexualität als einvernehmliche Beziehung unter Wahrung der Würde der Partnerin bzw. des Partners.

Zum demokratischen Weg für diese Erweiterung gehört die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die dem ganzen Volk zur Abstimmung vorgelegt wird und Formen direkter Demokratie auf Dauer sichert.

4.2 Den Rechtsruck aufhalten

Die Entwicklung der BRD ist durch eine gefährliche Zerstörung politischer Kultur und die Stärkung rechtsextremistischer und neofaschistischer Kräfte gekennzeichnet. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen enden letztlich in Gewalttätigkeit und gesellschaftlichem Rückschritt. Deutsche Geschichte und Gegenwart stellen uns in eine besondere Verantwortung für aktiven Antifaschismus und Widerstand gegen die Rechtsentwicklung. Wir kämpfen für die Beseitigung der Ursachen des Rechtsrucks, wollen über sie aufklären und werden uns mit allen seinen Erscheinungsformen auseinandersetzen.

Wir wenden uns vor allem gegen:

- Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Leistungen, soziale Unsicherheit wie juristische Benachteiligung und ökologische Belastung für die Menschen und
- die Duldung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Unterstützung nationalistischer Positionen durch die etablierten Parteien.

Die PDS kämpft für eine offene und tolerante Gesellschaft, die allen hier lebenden und arbeitenden Menschen und jenen, die hier leben und arbeiten wollen, gleiche materielle und soziale Bedingungen und gleiche demokratische Grundrechte einräumt. Die Vielfalt von Anschauungen, Lebensformen und Kulturen ist ein Gebot der Menschenrechte und der Menschenwürde sowie eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt. Die PDS tritt ein für Solidarität mit allen in Not Lebenden.

Die PDS will

- offene Grenzen für Menschen in Not;
- die Abschaffung des völkischen Artikels 116 des Grundgesetzes und ein republikanisches Staatsbürgerschaftsrecht;
- das Recht von Ausländerinnen und Ausländern, die die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beizubehalten;
- die Gewährleistung aller demokratischen Grundrechte für Ausländerinnen und Ausländer sowie Flüchtlinge, insbesondere die Sicherung des Asylrechts für politisch, religiös und ethnisch Verfolgte und seiner Rechtswegegarantie sowie seine Ausdehnung auf Menschen, die vor Krieg, sozialen und ökologischen Katastrophen flüchten;
- die umfassende Gewährleistung der Rechte von Minderheiten und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für ihre eigenständige kulturelle Entwicklung.

4.3 Den Kalten Krieg in Deutschland beenden

Die von den Herrschenden versprochene schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West wird es durch die Zerstörungsstrategie der Bundesregierung und ihre Folgekosten sowie sich verschärfende globale Konflikte nicht geben. Wir wollen im Gegensatz zu den etablierten Parteien keine Verwestlichung des Ostens, weil wir keine Zwei-Drittel-Gesellschaft, keine Massenarbeitslosigkeit, keinen Reichtum auf Kosten unterentwickelter Länder und keine Naturzerstörung wollen. Wir kämpfen für einen Entwicklungsweg der Bundesrepublik, der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt und sich den globalen Herausforderungen stellt. In der Verbesserung der schwierigen Lebenssituation sehr vieler Menschen Ostdeutschlands sehen wir eine herausragende innenpolitische Aufgabe im kommenden Jahrzehnt.

Vorrangig gilt es, folgende Forderungen durchzusetzen:

- Wir wenden uns dagegen, daß durch Umschreiben der Nachkriegsgeschichte den ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern die Identität und damit die Voraussetzung für eine selbstbewußte Vertretung ihrer Interessen genommen wird.
- Wir setzen uns für ein gewähltes ostdeutsches Gremium ein, das gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag eigenständig die Interessen der Ostdeutschen vertritt und sich dabei gegen die Aushöhlung des Einigungsvertrages zur Wehr setzt.
- Renten-, Eigentums- und Nutzungsansprüche aus der DDR müssen gewährleistet werden. Es darf den Bürgerinnen und Bürgern nicht verlorengehen, was sie in Jahrzehnten durch eigene Arbeit geschaffen und erhalten haben. Rechtssicherheit ist wieder herzustellen, Strafgesetze dürfen nicht rückwirkend angewandt werden.

■ Die juristische und soziale Ausgrenzung von Hunderttausenden Menschen, der Mißbrauch des Arbeits-, Sozial- und Rentenrechts als „politisches Strafrecht“ und die Berufsverbotspraxis müssen beendet werden.

■ Der Osten Deutschlands und seine Regionen brauchen eine aktive Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik. Der langfristigen Sanierung ostdeutscher Betriebe gebührt Vorrang vor der Privatisierung. Wir wollen die Ansiedlung von Zukunfts- und Umwelttechnologien, die Arbeitsplätze schaffen und die Belastung der Umwelt verringern. Alternative Produktions- und Beschäftigungsformen sollen besonders gefördert werden.

■ Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ muß aufgehoben werden. An enteignete Großgrundbesitzer, Kriegs- und Naziverbrecher sowie deren Erben sollen Grund und Boden, Gebäude und Betriebe nicht zurückgegeben werden und keine Entschädigungen erfolgen. Vollzogene Rückgaben solchen Eigentums sind unrechtmäßig. Ehemaliges Staatseigentum der DDR sollte vorrangig in kommunales und genossenschaftliches Eigentum übergeführt werden.

4.4 Kommunale Selbstverwaltung verwirklichen

Die PDS tritt für kommunale Selbstverwaltung ein, wie sie vom Grundgesetz vorgesehen, aber praktisch nicht gesichert ist. Wir setzen uns für das Recht und die reale Möglichkeit der Gemeinden, Städte und Landkreise ein, wachsende Teile der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln und gestalten zu können. Dem Verlust an Selbstverwaltung und Bürgernähe in den Kommunen und der zunehmenden Zentralisierung von Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene setzen wir unsere Forderungen entgegen:

- Aufgaben und Befugnisse zugunsten der Kommunen strikt zu dezentralisieren;
- die Stellung der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertretungen gegenüber den Verwaltungen zu stärken;
- den Gemeinden und ihren Verbänden breitere Mitsprache- und Einspruchsrechte bei Entscheidungen auf Landkreis-, Landes- und Bundesebene sowie im europäischen Rahmen einzuräumen;
- die Möglichkeiten der Kommunen zu erweitern, ihre Finanzbeziehungen selbstständig zu gestalten sowie Planungsvorhaben in eigener Regie durchführen zu können;
- die finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung durch einen höheren Anteil an Eigenmitteln zu stärken;
- Bürgerinitiativen und Betroffene schon am Beginn aller Entscheidungsprozesse einzubeziehen und die kommunalen Gremien öffentlich tagen zu lassen;

■ die kommunalen Betriebe und Einrichtungen als eine wesentliche materielle Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung zu schützen und auszubauen.

Wie andere parlamentarische können auch kommunalpolitische Aktivitäten nur dann gesellschaftlich verändernd wirken, wenn sie durch vielfältige außerparlamentarische Aktionen getragen werden.

4.5 Das System der gesellschaftlichen Arbeit verändern

Wir betrachten das Recht auf Arbeit, die soziale, humane und ökologische Umgestaltung des gesellschaftlichen Arbeitssystems wie auch das Recht auf soziale Grundsicherung als Schlüsselfragen sozialistischer Politik.

Daher fordern wir:

- eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik;
- gerechte Verteilung der bezahlten Arbeit; Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit auch auf dem Wege von bezahlter Weiterbildung und Bildungsurlaub, damit die Massenarbeitslosigkeit überwunden und die Beschäftigungspolitik nicht selbst zur Triebkraft einer zerstörerischen Produktionsausweitung wird; Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit dem Ziel einer weiteren Senkung auf 30 Wochenstunden;
- gesellschaftliche Anerkennung und materielle Vergütung von Kindererziehung, Alten- und Krankenpflege und anderen sozialen Tätigkeiten, die außerhalb der Erwerbsarbeit geleistet werden;
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme und Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten im sozialen und kulturellen Bereich sowie für die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Umwelt;
- Möglichkeiten für die Beschäftigten, ihre Arbeitszeit souverän zu gestalten; vor allem sind für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer, insbesondere für Alleinerziehende, entsprechende Arbeitszeitregelungen erforderlich; Abbau von Sonn- und Feiertagsarbeit; Einschränkung des Mehrschichtbetriebes und der Nacharbeit;
- wesentlich erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten am Arbeitsplatz, in den Betrieben und Unternehmen;
- Beschäftigten, Kommunen und anderen gesellschaftlichen Kräften sind bedeutend mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und -rechte über die Produktion, ihre soziale und ökologische Verträglichkeit sowie ihre gebrauchswertmäßigen Ergebnisse einzuräumen;

- Einspruchsrechte bei Produktionsverfahren und Stoffen, die ökologische Risiken für die Betroffenen und die Umwelt mit sich bringen;
- die Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsschutzes und die Ausweitung der Liste anerkannter Berufskrankheiten;
- eine einkommens- und gewinnabhängige Arbeitsmarktabgabe zur Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Um diese Forderungen durchzusetzen, sind der DGB und die Einzelgewerkschaften als einheitliche und autonome Gewerkschaften sowie starke Betriebs- und Personalräte unverzichtbar. Die PDS unterstützt die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, für die Umkehr der gegenwärtigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und aus den armen Ländern in die Metropolen. Die Auseinandersetzungen zur Durchsetzung eines neuen Produktivkrafttyps werden wir dafür nutzen, soziale, demokratische und ökologische Zielvorstellungen einzubringen und zu verwirklichen. Letzten Endes muß dem Kampf zwischen Arbeit und Kapital neuer Inhalt gegeben und die kapitalistische Vergeudungswirtschaft selbst umgestaltet werden.

4.6 Ziele und Inhalte der Sozialpolitik erneuern

Wir setzen uns für eine gesellschaftsgestaltende Sozialpolitik ein, die zur Emanzipation der Menschen beiträgt und ihren Sinn nicht aus wirtschaftspolitischen Erwägungen ableitet. Sie muß die Entwicklung sozialer Beziehungen fördern, die Gesellschaft demokratisieren und die soziale Integration ihrer Mitglieder bewirken. Um die Entmündigung Betroffener und die Bürokratisierung sozialer Einrichtungen zu überwinden, sind Formen der Selbstorganisation von Betroffenen zu fördern sowie staatliche Einrichtungen dezentralisiert und demokratisch zu verwalten und zu finanzieren.

Während die sozialen Sicherungssysteme bisher ihre Leistungen im wesentlichen auf durch Beitragszahlung erworbene Anwartschaften gründen, streben wir eine zunehmende Entkopplung von Sozialleistungen und individuell geleisteter Erwerbsarbeit an.

Wir heben drei soziale Forderungen hervor:

Soziale Grundsicherung einführen

Wir kämpfen um eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Menschen aller Altersgruppen, die sich am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientiert. Die

soziale Grundsicherung soll nicht die herkömmlichen sozialen Leistungen ersetzen, die auf Versicherungsleistung basieren, sondern sie durch steuergünstige Leistungen ergänzen. Die entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung wird abgeschafft. Die sachlichen Leistungen der Sozialsysteme bei Krankheit, Invalidität, Behinderung und im Pflegefall sind so zu gestalten, daß die Betroffenen, unabhängig von ihrem Eigenbeitrag, eine medizinische und soziale Betreuung erhalten, die dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand entspricht.

Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen verwirklichen

Das Recht auf menschenwürdiges und ökologisch verträgliches Wohnen und auf eine eigene bezahlbare Wohnung läßt sich nicht durch die Gesetze des Marktes verwirklichen. Wohnungsmangel, übertriebene Mieten und die Verschlechterung der Lebensqualität in den Ballungszentren haben krisenhafte Ausmaße angenommen.

Dringend erforderlich sind:

- ein sozialer Wohnungsbau, der dem realen Bedarf entspricht. Dabei sind genossenschaftliches und kommunales Wohnungseigentum besonders zu fördern;
- eine Wohnungspolitik, die sich insbesondere den Problemen der Alleinerziehenden, der Älteren und der Menschen mit Behinderungen zuwendet. Besonders die Jugend muß Möglichkeiten zur Verwirklichung neuer Lebens- und Wohnformen erhalten;
- ein Mietestopp und die Beendigung der profitorientierten Wohnungsprivatisierung;
- ein Programm der ökologischen Stadterneuerung zur Verbesserung der Wohnqualität in den Ballungszentren und Förderung des innerstädtischen Wohnens.

Eine soziale Gesundheitspolitik gestalten

Die medizinische Betreuung wird in der BRD immer mehr zur Ware und vom Geldbeutel der einzelnen abhängig. Wir setzen dem unsere Forderung entgegen, medizinische Versorgung zur Aufgabe der Allgemeinheit und des Staates zu machen und die Kommerzialisierung zu stoppen.

Wir unterstützen alle Initiativen

- zur Durchsetzung eines einheitlichen Versicherungssystems mit gleichen Rechten und Pflichten für alle;
- zur Beseitigung des Pflegenotstandes;

- zu einer Reform in der ambulanten medizinischen Betreuung, die die gleichberechtigte Zulassung poliklinischer Einrichtungen einschließt ;
- zum Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes;
- für Gesundheitsförderungsprogramme;
- für den Ausbau der Vorbeugung und Nachsorge;
- zum Erhalt und Ausbau des Kinder- und Jugendschutzes;
- zur Erweiterung der Betreuung von Sucht- und Aids-Kranken sowie psychisch Erkrankten;
- gegen den dominierenden Einfluß der Pharma- und medizintechnischen Industrie.

4.7 Die Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten

Die Politik der Bundesregierung hat ein Jahrzehnt lang das Volkseinkommen zum Vorteil der Unternehmer und Spitzenverdiener umverteilt, damit die sozialen Probleme dieser Gesellschaft verschärft und den Konzentrationsprozeß des Kapitals vorangetrieben. Der marktradikale Kurs hat auch bei der Lösung der ökonomischen Probleme der deutschen Vereinigung versagt. Eine soziale und ökologische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist unerlässlich. Sie schließt die stärkere Regionalisierung der Wirtschaft ein.

Dazu ist es notwendig:

- die wirtschaftliche Entwicklung demokratisch zu steuern und zu kontrollieren, insbesondere eine aktive Industrie-, Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zugunsten sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsziele zu betreiben;
- das Bankensystem demokratisch zu kontrollieren, gesellschaftliche Investitionslenkung einzuführen und Kredite für öffentliche und gemeinnützige Aufgaben zu verbilligen;
- Wirtschafts- und Sozialräte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu schaffen, die auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß nehmen;
- das System der Steuern und Abgaben so zu verändern und zu vereinfachen, daß hohe Einkommen, vor allem Einkommen aus Geldvermögen, Grundeigentum und spekulativen Gewinnen, stärker belastet werden und zugleich die Kapitalflucht eingedämmt wird, das Kapital auf gesellschaftlich formulierte Wirtschaftsziele, insbesondere auf den ökologischen Umbau, gelenkt wird sowie mittelständische und kleine Unternehmen gefördert werden;
- das öffentliche, insbesondere das kommunale Eigentum an Grund und Boden zu sichern und auszuweiten sowie das genossenschaftliche Eigentum zu fördern;

- die Benachteiligung kleiner Anteilseigner zu überwinden, Belegschaftsfonds zu erweitern und die Beschäftigten stärker am Produktivvermögen zu beteiligen.

Die PDS erstrebt eine **Landwirtschaftspolitik**, die ökologisches Wirtschaften, die Bewahrung gewachsener Kulturlandschaften und Wirtschaftsregionen sowie die Lösung des weltweiten Ernährungsproblems miteinander verbindet. Dies schließt die Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die besondere Förderung des genossenschaftlichen Eigentums und die soziokulturelle Pflege des ländlichen Lebensraumes ebenso ein wie die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Produkten zu erschwinglichen Preisen.

Eine solche Landwirtschaftspolitik ist nur durch umfassende internationale Vereinbarungen möglich und muß von der Vorherrschaft der Interessen der transnationalen Lebensmittelkonzerne und denen der Brüsseler EG-Bürokratie befreit werden.

4.8 Individualität entfalten und Solidarität stärken

Freie Entfaltung von Individualität, Selbstbestimmung jedes Menschen und solidarische Lebensverhältnisse sind notwendig für ein menschenwürdiges Dasein. Von den Modernisierungsprozessen in der kapitalistischen Gesellschaft profitieren aber nur wenige, während sie für viele mit sozialer Entwurzelung, Ausgrenzung und Vereinsamung einhergehen.

Patriarchale Strukturen überwinden

Ohne die Überwindung der patriarchalen Strukturen ist letztlich eine humane, soziale und ökologische Entwicklung ausgeschlossen. Frauen zu benachteiligen und zu unterdrücken, ist Merkmal aller auf Ausbeutung und Unterwerfung beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Frauen dürfen nicht länger zur Anpassung an männlich geprägte Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen sein. Deshalb müssen alle dem entgegenstehenden ökonomischen und kulturellen Beschränkungen überwunden werden. Frauendiskriminierung, die Diskriminierung kultureller und anderer Minderheiten, von Lesben und Schwulen zu beseitigen, setzt nicht nur rechtliche Gleichstellung voraus, sondern verlangt ein alle Lebensbereiche erfassendes Umdenken.

Die PDS fordert:

- die ersatzlose Streichung der §§ 218 und 175 (StGB);
- gleiche Chancen im beruflichen Aufstieg und bei der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Prozessen sowie gesetzliche Quotierungen als einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung dieser Ziele;
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit;

- reale Gleichheit im Zugang von Frauen und Männern zu Politik, Wissenschaft und Kultur;
- Abschaffung ungeschützter Arbeitsverhältnisse, soziale und rechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit;
- Förderung besonderer Qualifikationsmöglichkeiten für Frauen;
- Aufhebung aller Regelungen, die Frauen diskriminieren oder bestimmte Formen des Zusammenlebens juristisch oder finanziell privilegieren;
- erweiterten Kündigungsschutz für Mütter und Väter von Klein- und Schulkindern sowie Alleinerziehende.

Für Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind am stärksten von den Krisen unserer Welt betroffen. Ihre Bevormundung, Manipulation und Ausgrenzung sind Ausdruck einer kinder- und jugendfeindlichen Gesellschaft. Obwohl die Heranwachsenden ein Viertel der Bevölkerung bilden, ist die Gesellschaft für die Erwachsenen eingerichtet.

Die PDS ist gegen die Unterordnung der Kinder- und Jugendpolitik unter die Familienpolitik und fordert ein Entwicklungsprogramm für die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen. Ihr bester Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Drogen ist, ihnen sinnvolle Entwicklungsbedingungen zu schaffen und verantwortungsvolle Selbstverwirklichung zu ermöglichen.

Deshalb treten wir ein für

- die Sicherung umfassender Mitbestimmungs- und Teilhaberechte der Heranwachsenden;
- eigene politische Handlungsmöglichkeiten und die Förderung selbstbestimmter Lebensformen;
- rechtlichen Anspruch auf schulische und berufliche Ausbildung sowie deren elternunabhängige finanzielle Förderung;
- Rechtsanspruch für Kinder auf einen unentgeltlichen Platz in Krippen, Kindergärten, Horten und anderen Einrichtungen;
- Ausbau und Förderung von Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen;
- Rechtsanspruch aller Kinder auf umfassenden Schutz und Förderung der Gesundheit.

Menschenwürdiges Leben im Alter garantieren

Von den älteren Menschen, die heute frühzeitig aus dem Arbeitsleben herausgedrängt und von der Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben abgeschnitten werden, leiden

viele unter Altersarmut, Entsolidarisierung, Vereinzelung und mangelhafter Pflege. Das ist eine Folge kapitalistischer Modernisierung von Arbeit und Technik, veränderter Sozialstrukturen und verfehlter Politik. Die Grenzen des praktizierten sozialen Sicherungssystems sind erreicht und ein neues, zeitgemäßes und humaneres ist notwendig. Es geht um ein grundsätzliches Problem der gesellschaftlichen Entwicklung: Die Ausgrenzung von älteren Menschen zieht stets die Vernichtung von Erfahrungen und Entwicklungskräften nach sich.

Wir wollen politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen, die selbstbestimmtes Leben im Alter und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen.

Die PDS setzt sich ein für

- eine altengerechte Gestaltung des Alltagslebens;
- gesetzliche Garantien, die das massenhafte Abgleiten von Rentnerinnen und Rentnern in die Altersarmut verhindern und einen selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand ermöglichen;
- ein neues, den gesellschaftlichen Bedingungen entsprechendes Rentenrecht, das Gerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbindet;
- gesetzliche Regelungen zur vollen Absicherung aller Betroffenen im Falle notwendiger Betreuung, begleitender Hilfe und Pflege;
- zusätzliche soziale Maßnahmen, die den Seniorinnen und Senioren breiteren Zugang zu Kultur, Kunst und Wissenschaft ermöglichen.

Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen

Die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen ist allgegenwärtig und geht so weit, daß ihr Lebensrecht in Frage gestellt wird. Diese Situation zu verändern, ist kein Detailproblem der Sozialpolitik, sondern eine Aufgabe, der sich die PDS auf allen gesellschaftlichen Feldern, insbesondere in der Beschäftigungspolitik widmen wird.

- Die PDS tritt für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen ein. Dafür sind entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.
- Wir treten konsequent gegen jegliche Art der Diskriminierung behinderter Menschen ein. Kompensation von Behinderung ist eine Bürgerrechts-, keine Wohltätigkeitsfrage.
- Wir unterstützen die Erarbeitung und Verabschiedung von umfassenden und einklagbaren Gleichstellungsgesetzen.

- Parlamentarische Initiativen werden grundsätzlich in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden erarbeitet.
- Wir engagieren uns für eine Politik, deren Ziel es ist, den Menschen mit Behinderungen alle Möglichkeiten zur eigenen Existenzsicherung zu erschließen.
- Wir fordern, einen Arbeitsplatzanspruch und den gesetzlich garantierten Kündigungsschutz durchzusetzen.
- Wir erwarten, daß eine solche materielle und persönliche Betreuung realisiert wird, die weitestgehende Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zuläßt.
- Wir setzen uns dafür ein, die Lebens-, Wohn- und Arbeitswelt behindertengerecht zu gestalten.

4.9 Kultur, Bildung und Wissenschaft befreien

Bildung, Wissenschaft, Massenkommunikation, Alltagskultur und Künste bestimmen heute die gesellschaftliche Entwicklung stärker als je zuvor in der Geschichte. Hier aktiv zu werden und um demokratische Alternativen zu ringen, ist deshalb eine Aufgabe unserer Politik. Soziale Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft bleibt unser Ziel. Wir erstreben eine Bildungspolitik, die Raum für die Entwicklung der Individualität aller Kinder und Jugendlichen und die bestmögliche Förderung aller Heranwachsenden eröffnet. Die Unterordnung des geistig-kulturellen Lebens unter die Verwertungsinteressen des Kapitals muß zurückgedrängt werden, weil sie tiefe Deformationen verursacht, die Kommunikationsfähigkeit der Gesellschaft gefährdet und damit ihrer demokratischen Weiterentwicklung entgegenwirkt.

Unmittelbare Ziele unserer Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik sind:

- der Ausbau und die innere Demokratisierung der öffentlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen;
- der weiteren Vernichtung der wissenschaftlichen und kulturellen Strukturen der DDR und der geistigen Abwicklung Widerstand entgegenzusetzen;
- die Bewahrung der kulturellen Einrichtungen in der gesamten BRD;
- die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes mit dem Ziel der paritätischen Mitbestimmung aller Statusgruppen statt einer Restauration der Ordinarienuniversität;
- die Bundesausbildungsförderung ohne Rückzahlungspflicht und ohne Überprüfung des Elterneinkommens zu gewähren;
- die demokratische Kontrolle von Großforschungsinstituten und Drittmittelprojekten an den Hochschulen zu erreichen;

- die Verwandlung von Bildungs-, Wissenschafts-, Sport- und Kultureinrichtungen in verwertungsorientierte Unternehmen aufzuhalten;
- eine grundlegende Erneuerung des Bildungswesens durch eine das gegliederte Schulsystem überwindende demokratische Bildungs- und Schulreform in allen Bundesländern;
- zum grundlegenden Schultyp die integrierte Gesamtschule zu machen und Ganztagschulen zu fördern.

Für entscheidend halten wir, daß in den kommenden Jahren der Einfluß der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt und die Mitbestimmung der Beschäftigten durchgesetzt wird.

Schritte dazu sind:

- Demokratisierung der Entscheidungsgremien bei den Medien;
- Beseitigung der Parteienherrschaft in den öffentlichen Sendeanstalten und die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit;
- die Verschärfung der Kartellgesetze in bezug auf den Medienmarkt;
- keine weitere Vergabe kommerzieller Sendekanäle und die Ausweitung der offenen Kanäle für lokale Initiativen und Bewegungen;
- eine spezielle Besteuerung der Wirtschaftswerbung für die Förderung werbefreier Medien;
- die Streichung des die journalistische Freiheit einschränkenden Tendenzschutzparagraphen aus dem Betriebsverfassungsgesetz und eine gesetzliche Regelung für Redaktionsstatuten sowie für die Mitbestimmung in anderen kulturellen Einrichtungen.

4.10 Globale Bedrohungen abwehren

Globale Probleme wie Unterentwicklung, ökologische Krise und wachsende Kriegsgefahren verlangen nach Lösungen, die weit über den nationalen Rahmen hinausgehen.

Eine neue Entwicklungspolitik durchsetzen

Die sozialen und ökologischen Probleme der südlichen Armutregionen werden nicht zu überwinden sein, wenn Länder wie die BRD mit ihrer Ausplünderung des Südens fortfahren.

Die PDS setzt sich dafür ein, daß

- Entwicklungspolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird, die nicht länger als ein Politikressort verstanden werden darf;

■ den von der UNO als „Länder mit niedrigem Einkommen“ eingestuft Staaten von der BRD ihre Schulden erlassen werden;

■ der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der BRD sofort auf die international vereinbarte Höhe von 0,7 Prozent gebracht und mittelfristig deutlich erhöht wird;

■ der Grundsatz „Abrüstung für Entwicklung“ durchgesetzt und mindestens ein Drittel der im Rüstungsetat eingesparten Mittel in die armen Länder des Südens geleitet wird;

■ Unterstützung darauf konzentriert wird, regionalisierte Wirtschaftsentwicklung und eigenständige wissenschaftlich-technische Potentiale zu fördern, die Monokultur in diesen Ländern zu überwinden und ihre Selbstversorgung zu begünstigen;

■ die Wirtschaftsbeziehungen zu den armen Ländern so gestaltet werden, daß monopolistische Preisdiktate überwunden werden, Produkte ungehindert auf die europäischen Märkte gelangen können, letztlich eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung durchgesetzt wird, die es den Völkern der „Dritten Welt“ erlaubt, eine ihren Gegebenheiten und Erfordernissen entsprechende Wirtschaft zu entwickeln und so die Mittel ihrer Existenzsicherung selbst zu erarbeiten.

Die ökologischen Lebensgrundlagen sichern

Der Verantwortung für die Abwehr globaler ökologischer Katastrophen können wir nur gerecht werden, wenn in der BRD die Produktions- und Lebensweise grundlegend verändert wird.

Wir setzen uns vorrangig dafür ein,

■ die Müll- und Betonstrategie zu beenden, den Stoff- und Energieverbrauch in der BRD schnell zu senken, die weitere Beeinträchtigung des Klimas und die zerstörerische Vernutzung von Boden und Wasser aufzuhalten;

■ den individuellen Straßenverkehr und den Gütertransport auf der Straße radikal zu vermindern und aus Innenstädten zu verbannen, den öffentlichen Personenverkehr umfassend zu fördern, unter anderem durch einen Nulltarif im Nahverkehr, sowie durch aktive Struktur- und Regionalpolitik, die Vermeidung von Transport zum Grundprinzip aller Verkehrsplanung zu erheben;

■ die Einsparung von Energie zum Kern einer ökologischen Wirtschaftspolitik zu machen, die Energiewirtschaft immer mehr auf regenerative Energien umzustellen und aus der Kernenergie auszusteigen;

■ die spontane Marktregulierung durch progressive Öko-Steuern einzugrenzen, die Verursacher von Umweltschäden mit den ökologischen Folgekosten zu belasten ;

■ Umweltorganisationen, Verbraucherverbänden und Gewerkschaften demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte beim sozialen und ökologischen Umbau einzuräumen.

Wir treten für ein internationales ökologisches und soziales Normensystems ein, das die Reproduktion der Biosphäre gewährleistet. Der Norden muß für seinen Anteil am weltweiten Verbrauch von Rohstoffen und an der Schädigung des Weltklimas Ausgleichszahlungen leisten, die die ärmeren Länder nutzen können, um eigene Strategien sozialer Entwicklung und der Naturerhaltung zu verwirklichen.

Die Waffen nieder

Den in vielen Teilen der Welt geführten Kriegen und den Kriegsgefahren kann weder durch schnelle Eingreiftruppen der NATO und der WEU noch durch neue Waffensysteme begegnet werden. Beseitigt werden müssen die sozialen Ursachen von Kriegen, notwendig ist eine politische Krisenvermeidung. Wir bleiben dabei: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aus der Geschichte Deutschlands, aus seiner geographischen Lage und seinen Potenzen erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht.

Im Zentrum der sicherheitspolitischen Forderungen der PDS stehen:

■ das umfassende und vollständige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von Kernwaffen;

■ Entwicklungs- und Produktionsstopp für neue Waffensysteme;

■ das Verbot des Bundeswehreinsetzes außerhalb der Grenzen der BRD und bei inneren Konflikten;

■ die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste als erster Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt;

■ das Verbot aller Waffenexporte und die Beendigung von Militärhilfe;

■ die sofortige Kürzung des Verteidigungshaushalts um mindestens 30 Prozent sowie anschließend jährlich um mindestens 10 Prozent und die Verwendung eines immer größeren Teils der verbleibenden Ausgaben für einen gesondert auszuweisenden Abrüstungsetat;

■ die Auflösung von NATO und WEU und ihre Ersetzung durch weltweite und gesamt-europäische kooperative Sicherheitssysteme, insbesondere durch eine demokratische Reform der UNO und die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses.

Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungs- Kategorien ab. Wir treten für die schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein.

Westeuropa darf keine Festung werden

Wir wollen ein Europa der globalen Solidarität und des friedlichen Zusammenlebens der Völker. Deshalb wird unsere Haltung zu konkreten Schritten der europäischen Einigung immer auch davon abhängen, ob es durch sie gelingt, den Eurozentrismus zu überwinden und das verantwortliche Handeln gegenüber den menschlichen Existenzproblemen zu entwickeln. Die gegenwärtige westeuropäische Integrationspolitik, insbesondere der Vertrag von Maastricht, droht dagegen, die EG in ein ökonomisches und militärisches Bollwerk zu verwandeln. Wir wollen die europäische Integration nutzen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, für die friedliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit aller europäischen Völker und für gleiche soziale, ökonomische und technologische Entwicklungschancen. Uns geht es um ein Europa umfassend verwirklichter Grund- und Individualrechte für alle.

Die PDS will insbesondere:

- einen sozial gerechten und ökologisch verträglichen europäischen Einigungsprozeß. Das muß Vorrang vor den Verwertungsinteressen des Kapitals haben. Soziale und ökologische Standards sind an das jeweils höchste und nicht an das niedrigste Niveau anzugleichen;

- eine europäische Einigung, die alle Staaten des Kontinents einbezieht. Jeden Einigungsschritt, der sich mit der Existenz von Armutszonen abfindet, lehnen wir ab;

- die Demokratisierung der europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse. Die Rechte des Parlaments müssen grundlegend ausgeweitet und vor allem die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert werden. Wir treten für ein demokratisches europäisches Wahlsystem nach dem Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln und für die Einrichtung einer Zweiten Europäischen Kammer ein, in der die sozialen Bewegungen der Betroffenen vertreten sein sollen. Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, Verbraucherschutzverbände und ökologische Bewegungen müssen ein Mitspracherecht in den europäischen Institutionen erhalten.

5. Veränderungen mit der PDS - Selbstveränderung der PDS

Die PDS ist eine sozialistische Partei in Deutschland. Die Mitglieder der PDS wirken in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen: in den Gewerkschaften und Betrieben, in der Frauenbewegung, antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Organisationen, in Arbeitsloseninitiativen, Mieter- und

Verbraucherverbänden, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen sowie anderen sozialen und kulturellen Initiativen. Dabei lassen sie sich davon leiten, daß Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn Betroffene ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und sich selbstbewußt in die notwendige Auseinandersetzung einbringen. In diesem Ensemble gesellschaftlicher Kräfte ist eine moderne sozialistische Partei notwendig. Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Bewegungen Betroffener zu wirksamen Gegenmächten gegen Kapital, Markt und Staat werden, die grundlegende Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise durchsetzen und die Menschenrechte für alle verwirklichen können.

Die PDS will Vorstellungen umfassender Gesellschaftsveränderungen entwickeln und sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung machen. Dazu bedarf es der Fähigkeit, Ideen und Erfahrungen anderer emanzipatorischer Bewegungen aufzunehmen, beständig politische Bildungs-, programmatische und strategische Arbeit zu leisten, die innerparteiliche Kommunikation zu entwickeln und die Öffentlichkeit für die eigenen Zielvorstellungen zu gewinnen. Die Mitglieder der PDS gestalten alle Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Partei demokratisch und transparent. Sie wollen ein Mehr an Handlungsfähigkeit der einzelnen. Das verlangt nicht weniger, sondern effektivere Organisationsformen, die offen und variabel sind.

Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden. Sie vereinigt in ihren Reihen Frauen und Männer unabhängig von deren Nationalität. Die PDS will Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.

Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend. Die PDS ringt um parlamentarische Stärke und leistet eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit. Die PDS wird aktiv die Interessen der Menschen in Ostdeutschland gegenüber der zerstörerischen Tendenz kolonialistischer Anschlußpolitik vertreten. Sie ist bereit, politische Verantwortung für radikale gesellschaftliche und ökologische Veränderungen zu übernehmen.

Die PDS will zum Dialog und zur Zusammenarbeit der Linken in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit beitragen und sich dafür einsetzen, daß breite

linke Bewegungen entstehen. Sie sucht insbesondere die Zusammenarbeit mit Kräften, die um eine Erneuerung sozialistischer Politik ringen. Sie bekennt sich zu einem konsequenten Internationalismus.

Dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, will sich die PDS als Oppositionskraft profilieren und eine neue innerparteiliche Kultur entwickeln, in der Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersfühlenden und Anderslebenden, die Gleichstellung aller Mitglieder sowie Solidarität, Transparenz, Ehrlichkeit und Vielfalt selbstverständlich sind.